



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Zeitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Wie wählen wir?

Wie immer vor den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften der Länder und des Reiches, so versuchen auch diesmal die Kandidaten der bürgerlichen, hauptsächlich aber der rechtsstehenden Parteien, den Wählern und Wählerinnen blauen Dunst vorzumachen. Vor allem haben sie es auf die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger abgesehen, die ausschlaggebend bei den Wahlen ist. Hier hofft man genügend Dumme einzufangen, die durch Abgabe des Stimmzettels den Reaktionen zu Macht und Einfluß in Staat und Reich verhelfen. Schöne Worte, mit denen man sich zu nichts verpflichtet, sind billig. Ueber unangenehme Dinge, als da sind: Achtstundentag, soziale Gesetzgebung, Kartellwesen, Schutzölle für Industrie und Landwirtschaft, wenn möglichst wenig gesagt oder auch gar nichts; wird es durchaus sein muß, werden sogar Versprechungen gemacht; das ist aber auch alles. Nachher denken die Parlamentarier der Rechtsparteien nicht im Traum daran, sich für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einzusetzen; sie vertreten einzig und allein eine Politik ihrer Klasse, die mit dem Volkwohl nichts gemein hat. Die arbeitende Bevölkerung benutzen sie nur als Stimmvieh, sie spekulieren auf Untertun und Dummheit der breiten Masse, die sie, wenn es möglich wäre, am liebsten zu Staatsbürgern dritter und vierter Klasse degradieren würden.

Daran sollten unsere wahlberechtigten Kollegen und Kolleginnen bei der Reichstagswahl am 7. Dezember denken. Eigentlich müßte ja dieser Hinweis überflüssig sein; man sollte annehmen, daß freiorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen genügend über die Absichten der Hakenkreuzler, der sogenannten Deutschnationalen oder der Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei aufgeklärt sind. Leider ist es aber nicht so. Eine ganze Menge organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen läßt in politischer Hinsicht den Neben Gott einen guten Mann sein, liebt seinen Lokal- oder Generalanzeiger, verbildet natürlich so langsam bei dieser Lektüre und holt sich die noch fehlende Bildung aus dem Kino. Wäre das nicht der Fall, könnten die genannten Parteien von Arbeitern und Angestellten nicht eine Stimme bekommen. Würden Industrie- und Landarbeiter, würden Angestellte und Beamte, denen es oft noch schlechter als den Arbeitern geht, nur ihre Vertreter wählen, wäre es mit der Herrlichkeit der großmäuligen Hakenkreuzler und ihres Anhanges der Deutschnationalen vorbei. Von der Deutschen Volkspartei, der Interessenvertretung der Industriellen, die am liebsten die Selbstlosigkeit für die in ihren Werken und Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten einführen möchten, wollen wir einmal nicht reden; denn lo dänlich ist kein organisierter Arbeiter, daß er einem dieser Scherjameher zu einem Mandat verhilft.

Wir freiorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen müssen uns darüber klar sein, daß die genannten Parteien Todfeinde der Gewerkschaften sind. Ginge es nach Wunsch dieser „Volks“vertreter, wäre nicht nur die letzte Stunde der Deutschen Republik gekommen, dann hätten auch die Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu bestehen aufgehört. Aus wäre es mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben; Lohn und Arbeitszeit sollte der Unternehmer nach eigenem Gutdünken fest. Diesen Herrschaffen schwebt als Ideal Seine Majestät der souveräne Schumann aus der Kaiserlichen, der herrlichen Zeit vor Augen, der mit seiner Klempe Ruhe und Ordnung im Wirtschaftsleben aufrechterhalten mußte. Die lieblichen Töne des Kasernenhofes sind ihnen Musik, die menschenwürdige Behandlung durch Unteroffizier und Feldwebel schätzen sie als bestes Erziehungsmittel für den „gewöhnlichen“ Mann, dessen Ausbildung als Staatsbürger und Untertan sie dann als vollendet ansehen, wenn er vor jedem Briefkasten Front macht.

Diese hohen und höchsten Herrschaften, dieser Adel von Geburt und Besitz, manchmal bezeichnen sie sich auch als Geistesadel, wollen das wertvolle Volk nur als ihr Werkzeug benutzen. Gegen die demokratische

Staatsform haben sie einen unüberwindlichen Widerwillen, sie können es in ihrer Hochmütigkeit nicht begreifen, daß ein schmutziger Arbeiter genau so viel Recht im Staatsleben haben soll wie sie mit ihrer besseren Bildung. Offen bezeichnen sie das Volk als Gefindel. In der „Kreuz-Zeitung“ machte dieser Tage Julius Werner seinem gequälten Herzen in folgenden Worten Luft:

„Wenn die politischen Machthaber nicht den Mut finden, gegenüber der deutschfeindlichen Welt Demokratie die preußische deutsche Monarchie zu festigen und die Reichsverfassung auf Bismarckscher Grundlage zu erhalten, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn sich manch ein lokaler Staatsbürger das Zarathustrawort aneignet: „Den Herrschenden wohnt' ich den Rücken, als ich sah, was sie jetzt Herrschen nennen: Schachern und Macken um Macht — mit dem Gefindel.“

Diese Beschimpfung ist der Lohn für die schonende Behandlung, die diese Herren in den Revolutionstagen

erfüllen. Wer das nicht will, darf am 7. Dezember nur den Vertretern der Arbeiterschaft seine Stimme geben. Tut er das nicht, so darf er ruhig weiter Entbehrungen auf sich nehmen, damit die notleidenden Hohenzollern zu ihrem bescheidenen Existenzminimum kommen.

Zu diesen Sorgen für das angestammte Herrscherhaus kommt dann noch bei den Reaktionen das rührende Bestreben, den darbenenden Großgrundbesitzern durch Schutzölle zu helfen. Was Schutzölle für die Arbeiterschaft bedeuten, welche wesentliche Verteuerung des Arbeiterhaushalts sie bewirken, soll in einem besonderen Aufsatz dargelegt werden. So viel ist gewiß: ist die Arbeiterschaft nicht auf dem Posten, klären wir nicht Gleichgültige und Unwissende auf, gehen die reaktionären Parteien siegreich aus der Wahl am 7. Dezember hervor, werden wir unser blaues Wunder erleben. Für uns Gewerkschafter steht nicht viel, sondern einfach alles auf dem Spiel. Wir erinnern nur an die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, die die Reaktionen aller Schattierungen mit allen Mitteln hinterreiben wollen; wir erinnern weiter an die Fürgere für unsere Arbeitslosen, die endlich durch eine gerechte Arbeitslosenversicherung sichergestellt werden muß. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in seinem Aufruf auf die Gefahren hingewiesen, die uns durch einen Reichstag mit einer rechtsgerichteten Mehrheit drohen. Lebt ihn noch einmal aufmerksam durch und ihr werdet erkennen, daß es bei diesen Wahlen um unser tägliches Brot geht. Die Unternehmer sind nicht müßig, sie lassen es sich Opfer kosten und erheben 2 bis 4 Mk. pro Kopf der bei ihnen beschäftigten Arbeiter, um mit diesem Gelde den Wahlkampf für sich günstig zu beeinflussen.

Wir verlangen von unseren Mitgliedern, daß sie die Verbandsleitung bei dieser Wahl durch Abgabe eines richtigen Stimmzettels unterstützen. Sie unterstützen damit unsere gewerkschaftliche Tätigkeit. Tag ein, tagaus sind die verantwortlichen Personen des Verbandsvorstandes, sind die Gauleiter und die leitenden Funktionäre bemüht, die Lebenslage der Verbandsmitglieder zu heben durch Eringung ausreichender Löhne, durch Schaffung günstiger Arbeitsverhältnisse. Das hat alles keinen Zweck, wenn die Mitglieder bei der Reichstagswahl nicht die Kandidaten der Partei wählen, die in den Parlamenten die Forderungen der Gewerkschaften vertreten. Eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Steuer- und Zollpolitik, die von den Rechtsparteien geplant ist, kann uns mit einem Schlag nehmen, was wir in mühseliger, aufreibender gewerkschaftlicher Arbeit uns errungen haben. Bedenkt das, Kollegen und Kolleginnen.

Welches ist nun die Partei, für die ein freier Gewerkschafter bei den Wahlen eintreten muß. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert zur Wahl von Sozialdemokraten auf, weil auf die Sozialdemokratische Partei sich die Gewerkschaften allein verlassen können. Nun nennen sich ja wohl noch die Kommunisten Arbeitervertreter. Wie sie aber zu den freien Gewerkschaften stehen, dürfte unseren Mitgliedern hinlänglich bekannt sein. In den Versammlungen geben sie Zeugnis, wie sie die Arbeiter der Funktionäre bewerten. Sie beschimpfen unsere Arbeit und die Organisation; im Verleumben und Beschimpfen sind sie groß; im Ausführen von Radaktionen sind sie Meister. Sie haben bewußt auf die Spaltung der Gewerkschaften hingearbeitet und der Arbeiterbewegung unermesslichen Schaden zugefügt. Wer einen Kommunisten seine Stimme geben will, kann auch ruhig einen Hakenkreuzler wählen. Beide sind wesenverwandt in ihrer Radikalität und Gewaltpolitik. Die Kommunisten unterscheiden sich von den Hakenkreuzlern nur dadurch, daß sie ihre Anhänger in Arbeiterkreisen suchen.

Unsere Mitglieder werden daher der Weisung vom Vorstand des ADGB folgen müssen. In der Sozialdemokratischen Partei sehen wir die Partei des arbeitenden Volkes, die fest zur Republik und unbedingt den freien Gewerkschaften zur Seite steht. Sie ist die ausgesprochene Arbeiterpartei, die wir bei den Wahlen am 7. Dezember unterstützen werden.

Zur Reichstagswahl am 7. Dezember.

Jetzt, Michel, hast die Ohren fleiß.
Laß dich bloß diesmal nicht verstimmen!
Sei auf der Höhe und beziehe:
Die Brüder wollen dich bestimpen.
Hupf diesmal nicht auf ihren Ceim.
Soh! Ludendorff ins Altersheim!

Ein Bürgerblod, der noch nicht ist,
kann darum später doch noch werden.
Wer von dem Schwindelhafer krißt,
der bleibst ein Heupferd hier auf Erden.
Willst du das Heupferd wieder sein,
tapp nur in ihren Stal hinein.

Der große Vaden liegt bereit.
Sie werden dich nicht lange fragen,
bist du jetzt wieder nicht geschelt,
und läßt die Brüder selber fragen.
Denn wer sich selbst um Efel macht,
muß schleppen, daß die Schwarte tracht.

Sie singen dir die Ohren voll
und schwefeln was von goldenen Zeiten.
Ja, Proße Maßzeit! Merkte wohl:
Du bist das Pferd. Sie wollen reiten!
Stu jeden vor den faulen Wanst!
Zeig, daß du selber reiten kannst!

von Volke erfahren haben. Damals verkrochen sie sich ängstlich, der große General Ludendorff schlichtete nach Schweden, weil er Vergeltung fürchtete. Er hätte das nicht nötig gehabt; die deutsche republikanische Regierung zahlt ihm eine jährliche Pension von 22 000 Mark, dafür darf er die republikanische Staatsform verhöhnen. Der ausgerückte Friedenskaifer, der das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegenführen wollte und von „seinen“ Soldaten verlangte, daß sie befehlsgemäß auf Vater und Mutter zu stehen hätten, erhebt, jedenfalls aus Dank dafür, weil ihm das deutsche Volk nicht den Prozeß gemacht hat, Ansprüche an die preussische Regierung, die recht „bescheiden“ sind. Er beanprucht für seine darbenende Familie eine jährliche Rente von 1 1/4 Millionen Goldmark, außerdem wollen die Hohenzollern neben einer Anzahl von Schlössern und Grundstücken einen Landbesitz von 400 000 Morgen garantiert haben, der ihnen einen jährlichen Reinertrag von 5,7 Millionen Goldmark bringen würde. Das ist der Jahresbetrag der Invalidenrente, den 34 000 erwerbsunfähige Invalidenrentner nach einem Leben voll Mühe und Entbehrung beziehen. Für die Ueberlassung des „Kronvermögens“, das wie die Theater keinen Ueberfluß abwirft, wollen sich die Hohenzollern mit einer Abfindung von rund 100 Millionen Goldmark begnügen. Die Reaktionen sind drauf und dran, diese Ansprüche der Hohenzollern zu

Zollwuchergesahr und Reichstagswahl.

Die Wahl am 7. Dezember gibt dem deutschen Volk auch die Möglichkeit, sich gegen den Brot- und Zolnwucher zu äußern. Wie dringend nötig ein solcher Schutz ist, geht aus dem Drängen der agrarischen Elemente aller bürgerlichen Parteien hervor, die Landesparlamenten des handelspolitischen Ausschusses, welche die Reichstagswahl am 10. Januar 1925 eintritt, zur Aufrichtung möglichst hoher Schutzzölle zu bewegen. Wie drückend die Gefahr ist, beweist schon der Umstand, daß die Regierung Marx-Straßmann beschloß, die Schutzzollvorlage bereits im August im Reichstag einzubringen. Und die Deutschnationalen wollten noch am 30. August, wenige Stunden vor der Vertagung des Reichstages, die Überweisung dieser Vorlage an den Ausschuss durchsetzen. Nur die Obstruktion der Sozialdemokraten verhinderte es damals, daß bereits die ersten parlamentarischen Vorarbeiten zur Durchführung des Brot- und Lebensmittelwuchers unternommen wurden.

Die neue Schutzzollvorlage ist geradezu eine Proklamation des In- und Auslandes. Die Zollsätze sind in förmlich unheimlicher Weise erhöht worden. Der Getreidewuchergesetz enthält zunächst die Bestimmung, daß die Reichsregierung ermächtigt wird, die Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse in der Höhe des anstehenden Kontarifs, also der Maximalsätze, festzusetzen. Diese Maximalsätze betragen nach dem Zolltarif von 1924 für den Doppelzentner Roggen 7 M., Weizen für den Weizen 7,50 M. Da nach den Ermittlungen der Statistik auf den Kopf der Bevölkerung ein Verbrauch von 180 Kilogramm an Weizen, so wäre das für die fünfköpfige Familie eine Belastung von 65 M. im Jahre! Selbst der Minimalzoll von 5 M. resp. 5,50 M. belastete die Arbeiterfamilie noch mit einer Steuer von mindestens 45 M.

Und eine solche Mehrbelastung ist von den bürgerlichen Parteien — selbst in der Demokratischen Partei gibt es zahlreich Anhänger des Schutzzölles, daß doch z. B. auch der demokratische Reichswuchergesetz für die Einbringung der Schutzzollvorlage gestimmt — einer Arbeiterklasse zugedacht, die noch schwerer unter der Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit leidet, und deren Löhne auch heute an Kaufkraft noch tief unter den Vorkriegsniveaus stehen!

Auf der anderen Seite hat sich die landwirtschaftliche Bevölkerung während der letzten zehn Jahre so gut gehalten, daß es eine soziale Unbilligkeit ohnehin wäre, wenn sie momentan Betriebsmittelmittelzeiten wegen der deutschen Arbeiter, Angestellten- und Beamtenchaft, deren Bezüge so tief unter den Niveau der im Ausland gezahlten Löhne und Gehälter stehen, zumuten wollte, ihre unentbehrlichen Lebensmittel um soviel teurer zu bezahlen als die Arbeiter, Angestellten und Beamten in England, Frankreich usw.

Hingukammt, daß die ungeheure Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung von den Getreidezöllen ja nicht einmal den geringsten Vorteil hätte. Denn von den insgesamt 5 1/2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe, die 1907, bei der letzten Betriebs- und Gewerbezählung, in Deutschland ermittelt wurden, hatten 4 384 786 Betriebe nur eine Größe bis 5 Hektar. Diese rund 4 384 Millionen Betriebe aber, bestellten nach der amtlichen Statistik insgesamt nur 1 940 388 Hektar mit Brotgetreide, während die übrigen 1 351 296 Betriebe mit mehr als 5 Hektar Land 12 813 700 Hektar, also 8 1/2 mal soviel mit Brotgetreide bestellten. Aber auch unter diesen 1 940 388 Bauern und Gutsbesitzern war natürlich die Erzeugung von Brotgetreide sehr ungleich. Entfiel doch auf die 23 566 Großbetriebe mit mehr als 100 Hektar Besitz allein eine Anbaufläche mit Brotgetreide von 3 880 170 Hektar, also das 1,7-fache besser, was die 4 384 786 Zwergbetriebe und Kleinbauern bis zu 5 Hektar Grundbesitz zusammen bestellten.

Zusammengesamt: Zwei Drittel der gesamten in Deutschland mit Brotgetreide bestellten Anbaufläche entfielen auf rund 280 000 Großbauern und Großgrundbesitzer. Sie allein wären es, die einen wirklichen Vorteil von Brotwuchergesetzen hätten. Und auch unter ihnen hätten die Großgrundbesitzer und Großgrundbesitzer den allergrößten Nutzen; erst lange hinter ihnen kämen die Großbauern. Der Reichsernährungsminister Graf Kanitz freilich lände sich nicht schlecht dabei. Denn der alte Graf Kanitz hatte seinen beiden Söhnen drei Millionen von 2545 Hektar hinterlassen. Und die Frau des Reichsernährungsministers Kanitz ist eines der vier Kinder des 1922 verstorbenen Grafen Male-Winkler, der es schon vor dem Kriege auf 175 000 Morgen gleich 43 750 Hektar gebracht hatte.

Uebrigens haben bereits manche bäuerlichen Kreise selbst begriffen, daß ihnen Getreide- und Futtermittelzölle als eigene Fleisch schmecken würden. Ein von 1200 Vertretern besetzter Bauernrat für Ostpreußen-Ostpreußen, der am 19. Oktober in Königsberg in der Weimarer Reichstagswahl, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt:

„Die weltans überwiegende Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe ist nur existenzfähig, wenn Getreide- und Futtermittel nicht künstlich durch Zölle veräußert, die Erzeugung von Weizenprodukten nicht unrentabel gemacht wird. Aus Milch, Butter, Eiern, Fleisch und anderen Produkten muß der Klein- und mittlere Landwirt seinen Ertrag erzielen. Hohe Getreide- und Futtermittelpreise würden hauptsächlich und in sich selbst dem Maße dem großen und größten Getreidebauenden Großgrundbesitzer, ruinieren den kleinen und mittleren, auf Weizenbau angewiesenen und dafür besonders tauglichen Grundbesitzer, vermindern die kleinen bäuerlichen Betriebe.“

Aber es handelt sich für die städtische und industrielle Bevölkerung, die bereits 1907 73 Prozent, also fast drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht, nicht bloß um den drohenden Brotwucher. Der ganz neue Zolltarif, der die Unterlage für die handelsvertraglichen Verhandlungen bildet, sieht die folgenreichsten Zollserhöhungen vor. Einige Beispiele mögen das erläutern:

Ware	Posten 1920 für 1 dz	Neuer Zolltarif für 1 dz
Kartoffeln, frische, in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli	2,50	4 M.
1. August bis 14. Februar	frei	4 "
Rohkohl, Weißkohl, Wirsingkohl	4,-	20 "
Blumenkohl	4,-	30 "
Weintrauben	frei	2 "
Äpfel, Birnen, Quitten vom 25. September bis 25. November	2,50	3 "
26. November bis 24. September	8,-	50 "
Aprikosen, Pfirsiche, Fruchtzitate, nicht äther- oder weingeisthaltig	6,-	12 "
Besetztes Baueisen, Reis, Zwieback usw.	60,-	125 "
Teigwaren, Nudeln usw.	25,-	40 "
Apfelsinen	3,25	12 "
Zitronen	frei	12 "

Alles nicht nur das Brot, sondern auch die Kartoffeln sollen der elend entlohnten Arbeiterklasse, den nicht minder schlecht bezahlten Unter- und mittleren Beamten und den am Hungerleidenden nachdenklichen Kriegs- und Sozialrentnern verteuert werden. Und zwar sollen für das Pfund 2 Pf. Zoll erhoben werden. Eine Arbeiterfamilie, die 10 Zentner Kartoffeln verbraucht, soll dafür 20 M. Zoll zahlen. Ebenfalls ebenfalls sind die vorgeschlagenen Zollserhöhungen auf Weizen, Weizen, vollen oder von Weizen, Äpfeln und Zitronen soll dem Proletariat und dem kleinen Mittelstand vollen geräumt werden. Welche geradezu unabwehrlichen Ansprüche gegen die gewaltige Volksmehrheit!

Und welcher Überwitz, mit solchen Fällen dem Ausland bei den Handelsverhandlungen gegenüberzutreten zu wollen. Was wird Italien, was Spanien sagen, wenn man mit einer Zollserhöhung der Zollsätze auf Äpfel und Zitronen kommt!

Ueberhaupt, welcher Wahnsinn liegt in der sogenannten „Schutzzollpolitik. Als ob nicht gerade der Freihandel Englands stolze Handelsentwicklung begünstigt hätte. Sie doch der englische Export, der 1855 bis 1859 nur 716 Millionen Pfund Sterling repräsentierte, 1922 auf 119 Millionen 1923 auf 767 Millionen Pfund oder rund 15 Milliarden Goldmark angewachsen.

Die deutsche Arbeiterklasse, die ganze Stadt- und Industriebevölkerung erstickt an den Schicksalen, die wir gegeben, auf ein wie schmerzhaftes Zeugnis gegen ihre Lagen der neue Zolltarif hinausführt, der unter der Führung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ausgearbeitet worden ist. Wird auch nur ein Teil seiner Forderungen verwirklicht, so läuft das geradezu auf die Ausbürgerung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und aller kleinen selbständigen Gewerbetreibenden hinaus.

Die drohenden Schlaglöcher auf den Wegen können abgewendet werden, wenn die Wähler am 7. Dezember auf dem Posten sind. Aber es gibt nur ein sicheres Mittel, um den Zollwucher zu verhüten: Die Wahl sozialdemokratischer

Abgeordneter. Nach dem von der Reichsregierung herausgegebenen statistischen Wert „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen“ gibt es heute mindestens 16 Millionen Arbeiter in Deutschland. Geben auch nur sie sozial „emancipiert“ Stimmung ab, so ist neben den anderen Gefährten auch die Zollwuchergesahr abgewehrt. Darum, ihre politischen Arbeiter, nicht die Wähler bis zum Wahltage zur Aufklärung und Aufklärung eurer Klassengenossen!

Die Bedeutung des Frauenwahlrechts für die Arbeiterinnen.

Die im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung fortgeschrittenen Verwendung der Frauenarbeit in Industrie, Handel und Verkehr hat innerhalb der arbeitenden Bevölkerung eine besondere „Frauenfrage“ nicht entstehen lassen. Mit dem Eintritt der Frau in die gewerbliche Tätigkeit war für sie im wesentlichen die wirtschaftliche Gleichstellung mit dem männlichen Arbeiter gegeben. Diese Gleichstellung bedeutet jedoch nicht viel, besteht sie doch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung eigentlich nur in dem beiden Geschlechtern zugehörigen Recht, sich von dem für sie beschaffenden Kapitalisten ausbeuten zu lassen. Nur in einem Ablich die erwerbsfähige Frau gegenüber dem Mann benachteiligt; sie entbehrt der politischen Gleichberechtigung, was politisch rechtlos! Es stand ihr keine Möglichkeit zur Verfügung, die sie aufs engste berührenden wirtschaftlichen Verhältnisse in einer ihren wie den Interessen des arbeitenden Volkes entsprechenden Weise politisch zu beeinflussen.

Dieses Unrecht ist, nachdem den Frauen durch Veranlassung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten im Jahre 1919 das aktive und passive Wahlrecht gewährt wurde, durch die Reichsverfassung endgültig beseitigt. Die Frauen haben die volle politische Gleichberechtigung erhalten. An Verbindung damit, daß gleichzeitig das Wahlalter von dem 25. auf das vollendete 20. Lebensjahr herabgesetzt wurde, hat sich eine sowohl für die Frauen wie für die Gesamtheit des Volkes bedeutungsvolle Veränderung vollzogen. Das trat bei den 1919 stattgefundenen Wahlen zur Nationalversammlung zum ersten Male in die Erscheinung. Die Zahl der Wahlberechtigten stieg von 14,2 Millionen im Jahre 1912 auf 36,7 Millionen, also um über das Zweifelhafte hinaus. Von diesen haben 80,4 Millionen gleich 82 Proz. ihre Stimme ab, ein Beweis dafür, daß die Frauen die bestehende politische Situation erfaßten und sofort in erheblichem Umfange von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten.

Bei der großen Zahl der Frauen konnte ihre Wahlteilnahme nicht ohne Einfluß auf die politische Lage sein, was sich besonders in der starken Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bemerkbar machte, die von 4,2 Millionen im Jahre 1912 auf 11,1 Millionen stiegen. Insgesamt verlegten sich bei den Nationalwahlen auf die proletarischen Parteien — Sozialdemokratie und Unabhängige — 13,8 Millionen = 45 Proz. aller abgegebenen Stimmen. Dem politischen Aufstieg dieser Periode folgte leider nur zu bald ein Stillstand. Bei den Reichswahlwahlen 1920 ging die Stimmenzahl der Sozialdemokratie und der Unabhängigen auf 10,7 Millionen = 39 Proz. zurück und bei den Nationalwahlen im Mai 1924 sank die Zahl der proletarischen Stimmen sogar unter Einrechnung der Kommunisten auf 10,2 Millionen = 34 Proz. der Gesamtstimmengahl herab. An der gleichen Zeit stieg die Zahl der bürgerlichen Stimmen von 15,7 Millionen = 54 Proz. im Jahre 1919 auf 16,4 Millionen = 58 Proz. im Jahre 1920 und auf 19,5 Millionen = 66 Proz. im Jahre 1924.

Dieser Rückgang der proletarischen sowie unabh. Stimmen der für die bürgerlichen Parteien abgegebenen Stimmen ist auffallend. Bis zum Ausbruch des Krieges — mit Ausnahme der Reichswahlwahlen von 1878 und 1881, die in den Anfang des Sozialistengesetzes fielen —, konnte die Sozialdemokratie als die unbedingten alleinigen Vertreterin des Proletariats bei allen Wahlen eine erhebliche Zunahme ihrer Stimmen feststellen, während der Anteil der bürgerlichen Parteien an dem Wahlergebnis einen ebenso ständigen Rückgang aufwies. Ursache dieser Veränderung, die den Kapitalisten neue Hoffnungen auf den Niedergang der gefährlichen sozialistischen Hochstuf einflößte, ist zum großen Teil die allgemeine, vor keiner Klasse und Verdrängung zurückbleibende kommunistische Hege gegen Sozialdemokratie und Gewerks-

Wähler Birgiebel.

Er wurde: ich bin ein tüchtiger Schneider; Wegger Zinke kam keinen anderen. Er wußte weiter: meine beiden Nachbarn sind allein tote Leute; sie kriegen ohne mich keinen geeigneten Stat aufstunde. Aber vierzig Jahre war er alt geworden, ehe er gewahrte, daß sich außerdem noch andere Leute um ihn rissen.

Eines Morgens — die Sonne schien golden auf seinen Hodepfehl — war er noch der einische Alexander Birgiebel. Ein wackerer Schneider; ein zuverlässiger Staatspieler. Nichts mehr, nichts weniger. Doch bereits arbeiteten um ihn herum unzählige Mächte, die ihn zu einem dritten Bewußtsein erwecken sollten. Als er, wie immer früh gegen acht Uhr, mit seinem Ballstrick der Gasse des Nordrivers aufzubreite, fiel ihm aus dem Spalt der Wohnungstür ein Papier vor die Füße. Birgiebel st., in all seinem Wollen auf jene Gasse konzentriert, über das Papier hinweg.

Er lehrte mit vollem Aetz wieder und zwischen Tür und Angel fiel abnormales ein Papier nieder. Große Buchstaben schrien zu Birgiebel auf: „Wähler! Wer den Fortschritt will ...“ Birgiebel schrie gleichgültig weiter.

Um Mittag schrekte ihn die Klingel vom Arbeitsplatz hoch; es rasselte in der Gegend der Türpfanne. Birgiebel öffnete, ein Papier flatterte zu Boden und wieder schrien Buchstaben himmelan: „Auf zum Kampfe gegen ...“

Am Abend starrte Klappen an der Tür, Rascheln, abgehende Tritte. Die Schneiderwerkzeuge öffneten wiederum. Diesmal gemahnte ein Zettel am Boden: „Bürger! Wähle nur Männer, die ...“

Wier schreiende Zettel an einem Tage! Birgiebel suchte allmählich. Es ging um ihn herum Bedeutendes vor, zweifellos. Er hob die Zettel vom Boden hoch, stieg auf seinen Platz, ließ die Brille zur Halskette rutschen und las. Am Esen glitzerte sich seine Stirn, beschweißener Stoff freitete sich auf der blanken Fläche aus. Auffällig breit

legte er Zettel um Zettel auf den Tisch. Sie, die Frau Birgiebel, die sollte sehen, wie man sich um ihren Mann streit. Jawohl: stritt! Er sei doch ein aufrechter Mann, sagte das eine Blatt, darum müsse er den Stadtverordneten Müller wählen, den Sozialdemokraten. Nicht doch, behauptete das zweite und dritte Blatt, gerade ein aufrechter Mann könne nur den nationalliberalen Dr. Lehmann wählen. Ganz im Gegenteil, erklärte das vierte Blatt, ein aufrechter Mann sei vor allem ein patriotischer Mann, und der möge die Sache überdenken, wie er wolle — er könne seine Stimme nur dem konservativen Kammerherrn Dr. von Meyer geben.

Birgiebel sah mit getrüebten Türkenbeinen auf seinem Plage. So hoch er arbeitete immer; nur der Kopf sah etwas anders denn sonst, etwas sehr vorangeht. Birgiebel dachte: Warum die da draußen gerade ich brauchten, den Schneider Birgiebel! Sein Kopf hob sich; das machte der Stolz. Seine Stirn war gerötet; das machte die neugierige Nachdenklichkeit.

Als er am Abend mit kurzen Schneidesschritten die Straße hin zum Klappstuhl eilte, war sein Kopf außergewöhnlich hoch aufgerichtet. Als sah er Dinge, an denen er sonst mit hängendem Kopfe vorbeigelaufen war. In den Klappstühlen schrien riesenhafte Buchstaben: „Wähler! Auf in die Verammlung!“ Es gibt eine Aussprache, eine Ausrufung!

Birgiebel ging schnell und ziellos. Stadtverordneter Müller, Dr. Lehmann, Kammerherr Dr. von Meyer — solche Herren luden den Birgiebel zu einer „Aussprache“ ein.

Einen Abend später sah Birgiebel mit überaus anderen geschlagenen Weinen in der Verammlung. Der Klang des Stotzes und banzer Neugierde lag auf den Schneiderrücken und verlor sich im Kinnhohl. In dieser Fremdenwelt kamen im Laufe des Abends einige Stirnfalten. Birgiebel dachte wieder.

Ein „wieß denn!“ lag ihm schwer auf der Junge, als er, um verammelten Wählerhaufen losgeteilt einfar heim-

märts schritt. Ob schließlich doch Dr. Lehmann recht hatte? Der Birgiebel wußte nicht viel mehr Steuern zahlen, wären die Nationalliberalen nicht gewesen. Ueberhaupt läge es ohne die in dieser Beziehung traurig aus. So hatte Dr. Lehmann von der Regierungsbühne herab versichert. Aber gleich seiner Rede war alles ganz umgekehrt. Immer hatten die konservativen Birgiebels Rechte gewahrt, auch wenn der Partei des Herrn Lehmann nicht recht gewöhlt hatte. Dann kam der Stadtverordnete Müller zum Worte und gleich schante die Wahrheit wieder anders aus. Was die beiden ersten gesagt, war alles nichts, falsch, verkehrt; sie beide waren Birgiebels Feinde. Manchmal im Parlament war mit Birgiebels Rechten feine ab gewesen, aber da war der Sozialdemokrat zur rechten Zeit dazwischen getreten ...

Wie denn nun eigentlich?

Birgiebel las die Flugblätter der nächsten Tage mit leiser Aufmerksamkeit, aber im Kopfe blieb ihm derselbe Wirrwarr; Dr. Lehmann wollte den Birgiebel vor Dr. von Meyer wählen; Dr. von Meyer wollte aufpassen, daß Birgiebel nicht von der Partei des Herrn Lehmann geschädigt würde; Stadtverordnete Müller aber wollte den Lehmann und den Meyer abwehren, weil's sonst mit Birgiebel aus sei. Birgiebel trug sich verärgert am Hinterkopf. Warum mußte er sich aber auch um den Quark kümmern? Dann zog der Stolz über sein Gesicht: solche Herren — Dr. Lehmann, Dr. von Meyer, Stadtverordnete Müller — die zankten sich um ihn, den Birgiebel!

Und er sagte die Zettel so, daß sie seine Frau nicht aus dem Gesicht bekam. Ueberlah sie das Papierzeug zu gleichgültig, dann ließ er plötzlich, die Hand sinken und wies nach dem Tisch: „Was ich noch sagen wollte: hob die Zettel auf. Stadtverordnete Müller, wechte, von dem immer ja viel erzählt wird, der hat mir die Zettel geschickt.“

Oder er schob die Brille auf die Nase und bat: „Gib mir doch mal die Zettel dort vom Tisch ...“ „Nee, nee, nicht den von Dr. Lehmann. Aber so hör doch: den gelben,

schaffen. Sie trug dazu bei, eine große Anzahl politisch indifferenten Wähler der proletarischen wie intellektuellen Schichten in das bürgerliche Lager hindüberzuführen. In besonderem Grade wirkte diese Heize auf die Frauen. Das ist bei der überwiegend gefühlsmäßigen Einstellung der Frauen, die in der Wahlagitierung der bürgerlichen Parteien hingebend berücksichtigt wurde, leicht verständlich. Hieron machen die proletarischen Frauen keine Ausnahme. Politisch ungeschult, in erheblichem Umfang religiösen, gesellschaftlichen und einseitigen wirtschaftlichen Einflüssen ausgesetzt, fielen sie viel leichter als die Männer der auf ihre Denkwürdigkeit eingestellten bürgerlichen Agitation zum Opfer, was von wesentlichem Wert die bei den Wahlen der letzten Jahre in dem Simmentalsverhältnis zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien einseitigen Verschiebungen erklärt.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen können dieser Entwicklung nicht alschuldig und teilnahmslos zusehen. Für sie steht dabei zu viel auf dem Spiele. Schreitet diese Entwicklung fort, so werden nicht nur ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte, sondern auch ihre gewerkschaftlichen Erwerbschancen gefährdet. Gleichzeitig werden die auf Lösung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse gerichteten gewerkschaftlichen Bestrebungen in Frage gestellt. Politisch und wirtschaftlich stehen in untrennbarer Verbindung miteinander. Was auf politischem Gebiete gesündigt wird, muß sich alsbald wirtschaftlich bemerkbar, und zwar am meisten für die Frauen der arbeitenden Klasse. Nur zu gut werden den Frauen noch die schlimmsten Zeiten der Inflation in der Erinnerung sein. Die ihr herbeiführende Vernichtung der deutschen Währung hatte für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen die verheerendsten Folgen. Ihre Lebenshaltung wurde ständig herabgedrückt. Die zu wohnsünder Höhe steigenden Preise des Lebensunterhalts konnten durch keine Lohn- oder Gehaltssteigerungen ausgeglichen werden, weil jede Lohnsteigerung durch weitere Preissteigerungen gänzlich zunichte gemacht wurde. Eine Verelendung der Arbeiterklasse war hiernach unausbleiblich. Was sich hier für die Arbeiterklasse ergab, war die Folge jener von den rechtsstehenden Parteien betriebenen, von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften vergeblich bekämpften Politik, die zur Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen führte und das deutsche Reich dem Untergang nahebrachte.

Dah eine derartige Politik möglich war, ist nur dem Ausfall der Reichstagswahl von 1920 zuzuschreiben, die eine Schwächung der Sozialdemokratie und damit eine Verminderung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführte. Durch die Inflationswahlen wurde dieser Zustand weiter verschlechtert. Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen darf sich das nicht wiederholen. Es zu verhindern, müssen auch die Arbeiterinnen mitwirken, sich darüber klar sein, daß ihnen die politische Gleichstellung mit den Männern eine schwere Verantwortung auferlegt. Nach der Berufszählung von 1907 waren in Industrie, Handel und Verkehr rund 8,9 Millionen weibliche Arbeitsträger beschäftigt. Bei dieser großen Zahl erwerbsfähiger Frauen ist es nicht möglich, ab und zu wie sie von ihrem Wahreht Gebrauch machen. Daß die wahlberechtigten Arbeiterinnen wählen müssen, ist selbstverständlich. Auf keinen Fall dürfen sie mit Abgabe ihrer Stimme die bürgerlichen Parteien unterstützen. Jede Stärkung der bürgerlichen Parteien bedeutet eine Benachteiligung der Arbeiterinteressen. Wenn in den letzten Jahren so manche Erwerbschancen der Frauen verloren gingen und andere, wie z. B. der Abschlußentzug, auf das schlimmste gefährdet sind, so ist das nicht, wie die Kommunisten behaupten, Schuld der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaftsführer, sondern lediglich die Folge davon, daß eine große Zahl von Männern und Frauen, darunter nur zu viele Arbeiter und Arbeiterinnen, ihr Wahreht nicht oder nicht richtig gebrauchten.

Wir haben in Deutschland den freien Volksstaat. Das Volk hat auf Grund der ihm zustehenden politischen Rechte die Gestaltung seines Geschicks selbst in der Hand. Die arbeitenden Schichten müssen nicht weniger als 85 Proz. der Gesamtbevölkerung. Hieron entfällt der größere Teil auf die Frauen. Das arbeitende Volk kann also seine Lage verbessern, wenn es den Willen dazu hat und diesen bei den Wahlen zum Ausdruck bringt. Dessen müssen sich die wertvollen Frauen, insbesondere die organisierten Arbeiterinnen, bewußt sein. Ihnen fällt deshalb die Aufgabe zu, bei der hierzu erforderlichen Aufklärungsarbeit unter den noch nicht

organisierten Frauen und Arbeiterinnen mitzuwirken, diesen Klarzumachen, worauf es bei den bevorstehenden Wahlen ankommt. Nur so kann das Ergebnis der Wahl zur Förderung des Gemeinwohlens führen und dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Weg freigemacht werden.

Aus dem Steindruckgewerbe.

Berlin.

Der Lohnsatz für das Steindruckhilfspersonal lief am 31. Oktober ab. Mit der vorgeschriebenen Frist wurde er zum 31. Oktober gekündigt. Gleichzeitig wurde eine Forderung von 25 Proz. eingereicht. Die Antwort, die die Organisation auf ihre Forderung von dem Schupverband Deutscher Steindruckereibesitzer erhielt, verdient in der Deffentlichkeit bekannt zu werden:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Beschlusses vom 14. ds. Mts. und sind über die erfolgte Kündigung des Lohnabkommens und die damit verbundene Forderung erstaunt. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse rechtfertigen eine solche Forderung in keiner Weise. Nachdem aber nun das Lohnabkommen von Ihrer Seite gekündigt ist, müssen wir einen Lohnabbau von mindestens 10 Proz. zur Verhandlung stellen und werden Ihnen die Beweggründe hierzu im Verhandlungstermin, den wir Ihnen in den nächsten Tagen angeben werden, bekannt geben. (Folgt Unterschrift.)

Klingt eine solche Antwort in der heutigen Zeit nicht wie blutiger Hohn! Mühen die Personale sie nicht als Provokation aufzufassen! Die nächsten Tage vertragen, eine Antwort betam die Organisation nicht. Erst das Drängen der Ortsverwaltung veranlaßte den Schupverband, einen Verhandlungstermin im November anzusetzen. Diese Verhandlung nahm wie üblich einen resultatlosen Verlauf. Auch in der zweiten Verhandlung konnten die Herren Unternehmer sich zu keinem Verständniss bequemen. Das alte Lied, daß das Gewerbe solche „hohen Löhne“ nicht tragen könne, da es sonst gefährdet ist, konnte man in jeder Verhandlung hören. Das Kammer der Herren, daß sie ihre Betriebe schließen müssen, hört sich ganz sonderbar an. Die Absicht des Schupverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer, die Verhandlungen immer recht lange hinauszuziehen, um so nicht den neu vereinbarten Lohn vom Ablauf des alten Lohnsatzes zahlen zu müssen, ließen sich die Personale nicht gefallen. Damit die Herren vom Schupverband merken, daß die Personale nicht mit sich spaßen lassen, stellten sie in den einzelnen Betrieben die gleiche Forderung. Ueberall wo sie nicht bewilligt wurde, lehnten die Kollegen die Ueberstunden ab und reichten die Kündigungen ein. Dieser „Frevel“ lehnte die Herren natürlich in Urtaumen, sie schickten der Organisationsleitung nachfolgendes Schreiben:

In den uns angeschlossenen Betrieben haben die Steindruckereibesitzer gefahren wegen Nichtbewilligung von 25 Proz. Lohnzulage die Gesamtkündigung eingereicht und verweigern die Leistung von Ueberstunden, wogu sie tariflich verpflichtet sind. Bewor wir weitere Schritte unternehmen, bitten wir Sie um sofortige Mitwirkung, ob Sie dieses tarifwidrige Verhalten billigen und bereit sind, dafür zu sorgen, daß der tarifliche Zustand sofort wieder hergestellt wird.

Hier macht sich der Schupverband an zu behaupten, daß das Verhalten der Arbeiterklasse tarifwidrig ist. Selbst wenn das Verhalten tarifwidrig wäre, hätte der Schupverband allein darüber auch nicht zu entscheiden! Ist die Hinauszögerung der Verhandlungen nicht auch tarifwidrig und gegen Treu und Glauben verstoßend, „Zucht und Ordnung“ wollten die Herren in den Betrieben wieder herstellen, indem sie ihre alte Methode vom Jahre 1906 und 1911 (Aussperrung) wieder aufleben lassen wollten! Der Schupverband halte aber nicht daran, daß auch die Arbeiterklasse und die Organisation darauf vorbereitet waren. Im Laufe der Kündigungsfrist riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuß an, der nach stundenlangem Verhandlung, da eine Einigung zwischen den Parteien nicht möglich war, folgenden Schiedspruch fällte:

Tarifliche für das Berliner Steindruckereihilfspersonal ab 8. November 1924 (für 48 Arbeitsstunden), festgesetzt durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 20. November 1924.

Es schlug 1/2 Uhr. . . Gott sei Dank! Zirgiebel atmete auf. Er war über die Geschichte hinweg. Wenn er gleich wollte er — konnte nicht mehr wählen. Seine Schuld war wirklich nicht, daß um 6 Uhr die Wahl geschlossen wurde! Er hätte gern gewählt, zum Beispiel den Doktor Lehmann, oder den Stadtverordneten Müller, der den Zirgiebel von vielen Steuern befreien wollte! Aber wenn um 6 Uhr eben schon — — —

Die Glocke schrillte murrig. Ahn, der Meiner Zink. Zirgiebel sprang vom Hockplatz auf, Zinkes Hofe in der Hand. Er öffnete die Tür; eine Bude wurde sichtbar, über die zwei Schiffe liefen; dann ein gelblicher Zylinderhut, ein Pelzmantel, Lackstube. Schließlich schnarrte eine Stimme. „Habe ich die Ehre, Herr Zirgiebel. . .“

Zirgiebel dienerie. Seine Augen kamen vom Pelz und Zylinder nicht los, während die fremde Stimme weiter schnarrte: „Der Wahlauschuß des Herrn Kammerherrn Dr. von Meyer gestattet sich, Ihnen ein Automobil zur Verfügung zu stellen, falls Sie nicht mehr rechtzeitig zur Wahl. Wie? Umgehend? Aber Herr Zirgiebel, es handelt sich ja für Sie nur darum, diesen Zettel abzugeben! Sie sind doch ein nationaler Mann!“

Und schon steht in Zirgiebels Hand ein Zettel mit dem Aufdruck: Kammerherr Dr. von Meyer. Dann wird er fortgeschleppt; von einem Herrn in Pelz und Zylinder — er, der Schneider Zirgiebel, im Automobil des Herrn Kammerherrn Dr. von Meyer hinein. Zögernd nur tritt er von dannen — seine Frau soll den feinen Transport sehen: den Mann mit den Schmilfen, den Pelz, den Zylinder. Und Zirgiebels Augen kommen nunmehr nicht von den Lackhüllen seines Transporteurs los. Am Kopf aber tritt der Bediente: überhaupt, vor einen einfachen Schneider im Automobil fahren läßt, der wird im Parlament nichts Schönes gegen ihn machen — — —

So ging Schneider Zirgiebel das erste Mal zur Urne und wählte den, der ihn hüten ließ. . .

I. Männliche Arbeitnehmer		M.
a) Schleifer über 24 Jahre	85,—	
von 21—24 „	20,—	
„ 19—21 „	24,—	
„ 15 „	21,—	
b) Stoßträger über 24 Jahre	32,—	
von 21—24 „	27,—	
„ 19—24 „	22,—	
„ 18 „	20,—	
c) Jugendl. männl. 14 Jahre	8,—	
„ 15 „	8,—	
„ 16 „	9,—	
„ 17 „	12,—	
II. Weibliche Arbeitnehmer		M.
d) Einlegerinnen	22,—	
e) Wogenfängerinnen	20,50	
f) Sonstige Hilfsarbeiterinnen		
über 21 Jahre	17,—	
von 19—21 „	16,—	
„ 18 „	15,—	
g) Jugendl. weibl. 14 Jahre	8,—	
„ 15 „	8,—	
„ 16 „	9,—	
„ 17 „	11,—	

Am übrigen bleibt es bei den bisherigen Vereinbarungen. Das Abkommen gilt von 8. November 1924 bis 2. Januar 1925. Es ist mit 14tägiger Frist kündbar. Falls es nicht gekündigt wird, verlängert es sich jeweils um einen Monat. Beide Parteien haben sich dem Spruch unterworfen. Damit hat die Bewegung ihr Ende erreicht.

Kollegen und Kollegen! So wie in Berlin glauben auch anderwärts die Steindruckereibesitzer ihren Personale entgegenzutreten zu müssen. Die dem Nachschubpunkt des Schupverbandes müssen wir ein „Als hierher und nicht weiter“ entgegenlegen. Erfolge für uns als Arbeiter können wir nur erzielen, wenn wir Disziplin nach innen und außen üben und dafür Sorge tragen, daß in unseren Reihen keine Lücken vorhanden sind. Nur durch Geschlossenheit — keine Unorganisiert — ist es möglich, eine gerechte Entlohnung und menschenwürdige Handlung durchzusetzen.

Hamburg.

Zwischen dem Verband der Deutschen Steindruckereibesitzer und dem Verband der Graphischen Hilfsarbeiter, Zahlstelle Hamburg, wird nachfolgende freie Vereinbarung getroffen.

Die Löhne des Hilfspersonals für die Steindruckereien und gemischten Betriebe werden nach dem von den Buchdruckern zurzeit getroffenen Lohnsatz bezahmt, und zwar läuft diese Vereinbarung, falls nicht gegenseitig eine 14tägige Kündigung oder eine Kündigung des Buchdruckerlöhns vor dem 31. Januar 1925 erfolgt, ohne weiteres fort. Der Verband der Deutschen Steindruckereibesitzer, Bezirk Hamburg, behält sich jedoch ausdrücklich vor, falls ein Hilfsarbeiter, Nachstarist zustande kommt, oder falls im Steindruckgewerbe eine Kündigung des Gehaltsparlars in Frage kommt, diese Lohnvereinbarung als aufgehoben zu betrachten mit der Verpflichtung, daß in einer gemeinschaftlichen Lohnkommission die neu zu zahlenden Löhne festgelegt werden.

Laut dieser Vereinbarung sind ab 1. November folgende Mindestlöhne zu zahlen:

Hilfsarbeiter, ledig:		M.
17—19 Jahre	23,10	
19—21 „	26,38	
21—24 „	29,16	
über 24 „	32,90	
Hilfsarbeiter, verheiratet:		
21—24 Jahre	31,02	
über 24 „	35,—	
Einlegerinnen:		
17—19 Jahre	20,45	
19—21 „	22,62	
über 21 „	24,06	
Hilfsarbeiterinnen:		
17—19 Jahre	16,78	
19—21 „	18,55	
über 21 „	19,74	

Am 5. Dezember ist an alle verheirateten Hilfsarbeiter eine einmalige Sonderzahlung von 8 Mark und an ledige und weibliche 6 Mark zu geben.

Hannau a. M.

Minimallöhne für das Steindruckereihilfspersonal in Hannau a. M., Groß- und Klein-Steinheim und Uchheim. Die Löhne des Hilfspersonals sind von einem Lohnsatz von 32,— M. aus errechnet.

Steinfächerer		M.
17 bis 18 Jahre	20,80	
18 „ 20 „	22,40	
20 „ 21 „	24,—	
21 „ 24 „	28,80	
über 24 „	30,40	
Hilfsarbeiter		
17 bis 18 Jahre	20,80	
18 „ 20 „	22,40	
20 „ 21 „	24,—	
21 „ 24 „	27,20	
über 24 „	28,80	
Einlegerinnen		
17 bis 18 Jahre	17,60	
18 „ 21 „	19,20	
über 21 „	20,80	
Wogenfängerinnen, Stanzerrinnen, Prägerinnen, Falzgerinnen, Quabinder- u. Arbeiterinnen, Arbeiterinnen, Wenzler, Fuderer, Aufstausarbeiterinnen, sowie Arbeiterinnen an der Zylinder-treibmaschine		
17 bis 19 Jahre	16,—	
18 „ 21 „	19,20	
über 21 „	20,—	
Hilfsarbeiterinnen		
17 bis 18 Jahre	16,—	
über 18 „	17,60	

Bisher vor dem 1. November gewährte Leistungszulagen bleiben bestehen.

Leipzig.

Am 13. Oktober wurde seitens des Gauvorstandes und der Lohnkommission der am 8. Juni d. J. abgeschlossene Lohnsatz gekündigt. Verschiedene Umstände, damalige Ab-

den mir Herr Kammerherr Professor Doktor von Meyer hergeschickt hat.

Den „Professor“ sog er zum Kammerherrn, richtete den krummen Rücken gerade und zückte die Nadel wichtig-zierlich.

So wichtig-zierlich führte er sein Werkzeuge auch am Tage der Wahl. Morgens schon hing ein Zettel in der Türpatte. Freie Buchstaben sprachen zu Zirgiebel: „Wer den Zug der Zeit verliert, der wähle sofort Herrn — —“

Aber was ein richtiger Schneider ist, der macht erst Herrn Zink seine Hosen fertig. So sagte sich Schneider Zirgiebel. Ueberhaupt: wen sollte er eigentlich heute wählen? Dr. Lehmann warnte immer noch vor Dr. von Meyer und Stadtverordneter Müller vor beiden. Allerdings, gefährlich schon er, der Kammerherr Dr. von Meyer. Der wollte wirklich noch mehr Steuern von Zirgiebel. Und weniger Luste Wenns nach dem Zirgiebel gegangen wäre, dann hätte der Obermeister der Schneiderinnung, der Martin Ziebart — der hätte ins Parlament gemußt. Mehr Rechte für die Schneider — das wars, was not tat.

Zirgiebels Nadel zitterte leise als seine Frau um Mittag wieder Zeitel aus der Türpatte zog. „Na ja, vom Kammerherrn Professor Dr. von Meyer“, klang aus der Schneiderede, „ach nee, s'is no Doktor Lehmann.“ Und Zirgiebels trammes Kraus streckte sich in stolzem Selbstbewußtsein. „Stadtverordneter Müller bettet mich, Doktor Lehmann bettet mich, Kammerherr Doktor von Meyer bettet mich! Na du lieber Himmel, alle kann ich nicht wählen.“

Es schlug 3 Uhr. Zirgiebels Nadel vibrierte. „Der aufrechte Mann wählt sofort Herrn — —.“ So schrieb ein Zettel vom Tische her.

Es schlug 4 Uhr. Die Schneiderfaust haftete. Ueberhaupt: w e n wählen? Kammerherr Doktor von Meyer war sicher ein Schlimmer. . .

Es schlug 5 Uhr. Von der Schneiderstirn troff der Schweiß. Da man den Doktor Lehmann wählen sollte? Der Kammerherr Dr. von Meyer war sicher ein Schlimmer. . .

wesenheit des Vorsitzenden der Vereinigung Leipziger lith. Anstalten bis zum 20. Oktober, die dann einsehende Buchdruckerbewegung, die inzwischen stattgefundenen Kreisversammlungen der Prinzipale, die Verhandlungen mit den Gelehrten über weitere Lohnzulagen usw., stehen vorerst eine Verhandlung nicht zulaufenden. Eine schriftlich eingegangene Erklärung seitens der Vereinigung lehnte jede weitere Lohnerhöhung ab mit der Begründung, daß sie für das Gemeinwohl untragbar sei und die Konkurrenz mit dem Ausland infolge der hohen Hilfsarbeiterlöhne völlig ausschalte. Zum Beispiel erhalte in Italien eine Arbeiterin 8 Mk., während hier für dieselbe Arbeitsleistung 16 Mk. und mehr bezahlt werden müsse. Die dann am 28. Oktober stattgefundenen Verhandlungen mußte nach dieser Einstellung der Prinzipale ergebnislos verlaufen. Eine Funktionärkonferenz am 30. Oktober sah nach erfolgter Berichterstattung einstimmig den Beschluß, alle Lieferstunden zu verweigern. Nachdem die Buchdruckerbewegung erfolgreich zu Ende geführt war, wurde aufs neue versucht, zu Verhandlungen zu kommen. Am 12. November hatte sich die Kollegenchaft im Schlichter in einer Anzahl von über 1000 Personen zur Versammlung eingefunden, um über den Gang der Verhandlung Bericht zu erhalten. Alle Redner waren über die Verhandlung des Hilfspersonals empört und erneuerten den Beschluß der Funktionärkonferenz. Weiter wurde beschloffen, wenn keine einigermassen gerechte Lohnerhöhung erfolge, geschloffen die Kündigung einzureichen. Die Funktionäre wurden beauftragt, am anderen Tag, 13. November, gemeinsam mit dem Vorstand und der Lohnkommission die hierzu notwendigen Vorbereitungen zu treffen, nachdem bekannt wurde, daß weitere Verhandlungen auf Freitag, den 14. November, festgesetzt waren. Die Angebote der Prinzipale in dieser Verhandlung waren wiederum so gering, daß die Kommission auf ihrem absehbaren Standpunkt bestehen wollte. Die Angehörigen sollten beispielsweise nach diesem Angebot 20,35 Mk. erhalten, die Hilfsarbeiter in der Spitze 30,80 Mk., die Steinschleifer 33,— Mk. Damit war der Kampf in sein erstes Stadium getreten. Die strikte Durchführung der Lieferstundenverweigerung und die restlosen Kündigungen führten dazu, daß bereits am Sonnabend drei Firmen sich bereit erklärten, die Forderungen der Hilfsarbeiter zu bewilligen. Im Laufe der ersten Kündigungswoche erhöhte sich diese Zahl auf 11. Die in der kommenden Woche noch zweimal stattgefundenen Verhandlungen der einzelnen Organisationsvertreter brachten die Parteien nicht näher, so daß dann am Sonnabend mitan, den 22. November, nochmals eine Vollversammlung anberaumt wurde. Nach dreistündiger harter Verhandlung konnte nunmehr folgender Abschluß getroffen werden.

Der Mindestlohn für Steinschleifer über 24 Jahre, verheiratet, beträgt pro Woche 36 Mk., er gibt eine Zulage von 6 Mk. pro Woche. Alle diejenigen, die jetzt über die bestehenden Mindestlöhne entlohnt werden, erhalten eine Zulage von 4 Mk. pro Woche, mindestens aber 36 Mk., Steinschleifer über 24 Jahre, ledig, 34 Mk. pro Woche, Zulage 4 Mk. Wo Mindestlöhne gezahlt werden, trifft dasselbe zu wie bei den verheirateten Schleifern.

Steinschleifer	Mindestlohn	Zulage
21 bis 24 Jahre verh.	29,50	8,50
21 " 24 " ledig	27,50	8,50
19 " 21 " verh.	26,—	3,—
19 " 21 " ledig	24,—	3,—
17 " 19 " "	21,—	2,50
Zinkschleifer erhalten dieselbe Zulage wie Steinschleifer.		
Hilfsarbeiter	33,—	4,—
Für den Mindestlohnarbeiter beträgt die Zulage über 24 Jahre verh.	30,50	8,50
Für den Mindestlohnarbeiter beträgt die Zulage über 24 Jahre ledig	28,50	8,—
Für den Mindestlohnarbeiter beträgt die Zulage 21 bis 24 Jahre verh.	26,—	3,—
Für den Mindestlohnarbeiter beträgt die Zulage 21 bis 24 Jahre ledig	24,50	3,50
19 " 21 " verh.	22,50	3,50
19 " 21 " ledig	20,—	2,—
17 " 19 " "	19,—	2,—
Ungelehrten	22,50	2,50
Motary-Anlegerin	22,50	2,50
Für den Mindestlohnarbeiter beträgt die Zulage Apparaturführerinnen	22,—	2,50
Anlegerinnen	22,—	2,50
Lichtdruck-Anlegerinnen	22,—	2,50
Für den Mindestlohnarbeiter beträgt die Zulage Auslegerinnen über 18 Jahre	20,—	3,—
Für den Mindestlohnarbeiter beträgt die Zulage Auslegerinnen unter 18 Jahre	17,—	1,75
Für den Mindestlohnarbeiter beträgt die Zulage Hilfsarbeiterinnen über 18 Jahre	18,—	2,—
18 bis 20 Jahre	16,75	1,75
17 " 18 " "	15,25	1,25

Für Bronzierer, Taktumier- und Ruberarbeiten mit der Hand und an der Maschine werden für jede Stunde als Ergänzungsabgabe 7 Pfennig gewährt. Wird unmittelbar an der Druckmaschine mit der Hand bronziert oder taktumiert, erhalten Anlegerinnen und Belegführerinnen ebenfalls diesen Zuschlag. Das Lohnabkommen ist gültig vom 8. November 1924 bis 31. Januar 1925, erstmalig kündbar am 15. Januar. Erfolgt keine Kündigung, läuft das Abkommen selbstverständlich weiter, sofern nicht am 15. für Ende des laufenden Monats gekündigt wird.

Bisher gezahlte Leistungszulagen werden durch dieses Abkommen nicht verrechnet.

Kolleginnen und Kollegen! Der Abschluß kann uns nicht in seinem vollen Umfang befriedigen. Wenn wir in den einzelnen Klassen wesentlich über das hinausgekommen sind, als uns vererbt angefallen war, so verdankt ihr es nur euch selbst. Durch euer festes Zusammenhalten ist es noch in letzter Minute gelungen, einen einigermaßen haltbaren Abschluß zu erzielen. Daß wir nicht weiter vorwärts gekommen sind, verschulden nicht allein die harschartigen Unternehmer, sondern auch, und das muß auch an dieser Stelle einmal gesagt werden, die andere Kollegenchaft im Reich, von einzelnen Städten abgesehen. Solange sich die Kollegenchaft im Reich nicht menschenwürdige Löhne er-

ringt, wird es auch den anderen, die sich in ihrer Berufsorganisation fest zusammengeschlossen haben, sehr erschwert, ja fast unmöglich gemacht, vorwärts zu kommen. Wie ist es sonst möglich, daß in Berlin ein Schlichter für Steinschleifer einen Lohn von 35 Mk. festsetzt. Werden solche Ergänzungen in der Reichshauptstadt für genügend erachtet, so wird natürlich das gesamte Unternehmertum darauf verweisen und nicht nachgeben. Soll das abgeändert werden, muß sich die Kollegenchaft selbst helfen. Dann wird auch kein Schlichter es wagen, derartige Schönbrüder zu fällen, denn eine volljährige Hilfsarbeiterin kann man nicht zumuten, mit ganzen 17 Mk. (davon gehen noch die Steuern und sonstigen Abgaben ab) auszukommen, ohne dabei zu hungern. Der Leipziger Kollegenchaft aber rufen wir zu: Halte weiter fest zusammen, damit das, was uns jetzt noch verweigert wird, restlos nachgeholt werden kann.

Rundschau.

Die unzulängliche Erwerbslosenunterstützung veranlaßte den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Reichsarbeitsministerium die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen zu beantragen. In der Eingabe werden die bisherigen Sätze angeführt und besonders im Winter sich steigenden Lebenshaltungskosten als ganz unzulänglich bezeichnet. „Nachdem die Beitragserhebung“, heißt es weiter in der Eingabe, „die Bezugshöhe der Fürsorge aus Reichs- und Landesmitteln fast restlos überflüssig machte, würde auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze die Staats- und Landesfinanzen nicht belasten. Es ist auch eine stärkere Beitragserhebung der Wirtschaft nicht zu erwarten. Die Zahl der Unterstützten ist rückläufig. Wenn auch der demnächstige Rückstrom aus der Landwirtschaft und das Abflauen der Bauaktivität infolge des Winters den Rückgang zunächst etwas aufhalten werden, so ist doch mit der allgemeinen Besserung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Zudem würde selbst bei einer Erhöhung der Unterstützungssätze die Beitragserhebung vermindert werden können, wenn nur durch einen allgemeinen Gefahrenausgleich die Last gerechter auf alle Zweige und Bezirke der Wirtschaft verteilt würde.“

Steuerermäßigung. Durch eine am 10. November erlassene Verordnung sind die auf dem deutschen Volksruhenden Steuerleistungen etwas ermäßigt worden. Für uns Arbeiter kommt in der Hauptsache eine kleine Erleichterung bei der Lohnsteuer in Betracht. Das steuerfreie Einkommen ist von 50 Mk. auf 60 Mk. monatlich erhöht worden. Auf die Woche umgerechnet bleiben statt 12 Mk. jetzt 15 Mk. von der Steuer befreit.

Bekanntlich berechnet man sich die Lohnsteuer in der Weise, daß man zuerst von seinem Wochenverdienst den steuerfreien Betrag abzieht. Von dem verbleibenden Rest werden durch Steuerabzug erhoben: von einem Leigen 10 Proz., von einem Verheirateten ohne Kind 8 Proz., mit einem Kind 8 Proz. und so fort, für jedes Kind vermindert sich die Lohnsteuer um ein Prozent. Verdient also ein verheirateter Kollege mit 2 Kindern wöchentlich 40 Mk., so hat er 1,75 Lohnsteuer zu zahlen gegen 1,96 Mk., die ihm bisher abgezogen wurden.

Nach der Verordnung wird künftig der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag nicht erhoben, wenn er monatlich 80 Pf. oder 20 Pf. wöchentlich nicht übersteigt.

Was ist „Der Büchertreis“? Er ist eine Gelegenheit des billigen Bezuges von Büchern, deren Inhalt den besonderen Wünschen der werktätigen Bevölkerung der Republik entspricht. Das Verlangen, außer der politisch informierenden Literatur, deren Buchpreise dem Säckel der Arbeitermitleiden angepaßt sind, auch Werke wissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Inhalts zu gleich billigen Preisen der Arbeiterschaft an die Hand zu geben, war oft geäußert worden. Welche Kreise wollen außer der politischen auch eine zureichende Information über die Ergebnisse der neuen wissenschaftlichen Forschungen haben, sie wollen ferner in lebendigen Darstellungen das Kulturbild vergangener Epochen vermittelt haben, sie wollen schließlich mit dem dichterischen Schaffen der ernsthaften Autoren unserer Zeit in Fühlung sein, sofern dies Schaffen ihrem Denken und Fühlen entspricht. „Der Büchertreis“ stellt die sichere materielle Grundlage für das in dieser Richtung sich bewegende Bildungsstreben dar: für den billigen Betrag von 1 Mk. pro Monat werden den Teilnehmern — zunächst — vier Bücher des gekennzeichneten Inhalts geliefert. Auch rein äußerlich werden die zur Ausgabe kommenden Werke allen Anforderungen des Geschmacks genügen.

Ist „Der Büchertreis“ so zunächst eine Organisation des billigen Bücherbezuges, so ist er darüber hinaus eine Einrichtung von besonderer kultureller Bedeutung insofern, als er einen Gedanken vertritt, der gleichfalls oft, zuletzt auf der Leipziger Kulturwoche, entwickelt worden ist. Er stellt eine Art kultureller Arbeiterschaft zwischen der Arbeiterschaft und dem für sie tätigen Kreis der Wissenschaftler und Dichter dar: die Mitglieder des Büchertreises sollen ihre Wünsche hinsichtlich des speziellen Stoffinhalts der Bücher äußern, sie sollen in einer besonderen Kritik der Monatschrift „Der Büchertreis“ ihre Gedanken über die ausgegebenen Werke zum Ausdruck bringen, sie sollen Anregung geben, sie sollen Debatten in Fluß bringen, sie sollen eine fruchtbringende Wechselwirkung zwischen Autorität und Leserchaft herstellen. Das demokratische Prinzip der Zeit wird in „Büchertreis“ auf ein Gebot übertragen, auf dem es bisher nicht in Erscheinung getreten ist.

Dem literarischen Beirat des „Büchertreises“ gehören an: Martin Andersen Nexé, Hans Baluschek, Arno Holz, Paul Kampffmeyer, Kurt Jendell (München).

Die Ausgabe des ersten Wertes erfolgt im Dezember dieses Jahres.

Eine Reihe von Zahlstellen des „Büchertreises“ ist bereits in allen Teilen Deutschlands eingerichtet worden. Wo noch keine Zahlstelle geschaffen ist, ist dringend zu empfehlen, eine solche ins Leben zu rufen. Die Hauptgeschäftsstelle „Der Büchertreis“ Berlin SW 68, Lindenstr. 3, ist angewiesen, beständig und durch Bekämpfung mit dem nötigen Werbematerial felder zu Seite zu stehen. An die genannte Hauptgeschäftsstelle können auch Beitrittsanträge einzelner eingereicht werden.

„Der Büchertreis“ ist ein Ausdruck des Kulturwillens des werktätigen Volkes. Es ist nötig, seinen Ausbau zu fördern.

Abrechnungen.

Vom 17. bis 22. November gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Gau 1. Köln: 1400,— Mk.
 - Gau 2. Frankfurt a. M.: 100,— Mk.
- Schlusabrechnungen des 3. Quartals kamen vom Gau 1, Bezirk Köln, Gau 1, Bezirk Bielefeld.
- Berlin, den 22. November 1924, S. Lohdahl.

Literatur.

Eine neue Schiller-Ausgabe, eingeleitet von Stubbentat C. Warneke, Dozent der Berliner Volkshochschule, erschien jenseits in der Volksbühnen-Zeitung und Zeitschrift, S. 6, 8. (Berlin SW 40). Sie zeichnet sich dadurch aus, daß sie glänzend alles vereinigt, was von Schiller heute noch lebendig ist, aber fortläßt, was nur völkerverfälschender Ballast wäre. Eine gute Einführung und ein Schatz wertvoller Anmerkungen laden die Schillerischen Dichtungen lebhaft und verständlich zu machen. Besonders angenehm sind die vier Bände in den besten besten Bänden. Jeder Band ist etwa 500 bis 600 Seiten stark, auf halbzwei, nicht allzu dünnen Bänden gedruckt und in einem feinsten gebundenen Ganzleinenband gebunden. — Diese Schiller-Ausgabe ist die erste einer Reihe von Schiller-Ausgaben, die der junge Volksbühnenverein in den nächsten Wochen und Monaten herausbringen will. Das vom Verband der deutschen Volksbühnenvereine bearbeitete und getragene Unternehmen, das feinerlei Gemeinabsichten verfolgt und als gemeinnützig anerkannt ist, will mit seinen Mitarbeiterinnen durch gezielte Auswahl und vollständige Einführungen eine neue Brücke zwischen Volk und Bildung schlagen. Zu dieser Arbeit ist auch der Preis der Ausgaben so gering wie irgend möglich bemittelt. Jeder Band kostet im Buchhandel 4,20 Mk. Am Besten unmittelbar vom Verlag, oder durch eine Volksbühnenorganisation, wird aber ein Bezugspreis von 3 Mk. erzielt. Außerdem ist ein neuartiges Zeitschriftenabonnements-eingangsblatt: Jeder Interessent kann eine vom Verlag herausgegebene unentgeltlich zu beschickende „Bücherliste“ übernehmen, um dann auf dieser in beliebigen Zwischenräumen „Auskunftsblätter“ zu lesen, die zum Preise von je 1 Mk. in allen Orten in zahlreichen Verkaufsstellen, die dem Verlag unmittelbar genannt werden, erhältlich sind. Bedenkt, wenn ein Mitglied der Bücherliste mit drei Marken bestellt ist, kann er dem Verlag überhandt werden, der daraufhin sofort vorläufig den gewünschten Mitarbeiterband zu senden. Dieses Zeitschriftenabonnements wird zusammen mit der bevorzogenen Ausstattung der Mitarbeiterinnen des Volksbühnenvereines sogleich bei einer raschen Bestellung sicher.

Die Auslieferung dieser Schiller-Ausgabe hat für die Mitglieder der Gewerkschaften die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin E 14, Jankow 6, übernommen. Sie liefert die gesamte Ausgabe für unsere Kolonnen und Kollegen zum Bezugspreis von 3 Mk. statt 4,20 Mk. pro Band.

„Der Büchertreis“. Ein Volksbühnenabonnementsblatt aus der Gegenwart in drei Hefen mit einem Vorbild und einem Nachbild von Gebhard Schärer-Wolke. Hefenpreis 0,40 Mk. (Berlin 1921. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3).

Briefkasten.

3. in Hagen. Anzeige kostet 60 Pf.

Achtung! Hamburg. Achtung!

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands. Verwaltung Hamburg. Gewerkschaftshaus, Behlenbinderhof 57, Zimmer 67 und 68

Geöffnet: Werktäglich morgens von 9 bis 12 Uhr und Montags, Mittwochs und Freitags nachmittags von 4—7 Uhr. Arbeitsnachweis von 11 bis 12 Uhr vormittags.

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Vom 24. November 1924 ab befindet sich unser Bureau:

im Gewerkschaftshaus, Behlenbinderhof 57

Zimmer 67 und 68.

Der Vorstand.

Hannover.

Am Sonnabend, den 6. Dezember 1924, findet im „Volkshaus“, Nikolaisstraße 10, anlässlich unseres 26. Stiftungsfestes ein

Bunter Abend

statt. Die Mitwirkung hervorragender Künstler und Humoristen sichern den Mitgliedern einen genussreichen Abend. * Kassenöffnung 6 Uhr, Beginn der Aufführungen 7 Uhr, Ende 9 1/2 Uhr.

Nach den Aufführungen Ball

Da im vorigen Jahre wegen des Inflationslebens das 26. Stiftungsfest nur im kleinen Kreis gefeiert werden konnte, wird in diesem Jahre erwartet, daß alle Mitglieder mit ihren Angehörigen an der gefeierten Feier teilnehmen. Programme 30 Pf. sind bei den Vertrauenspersonen und Kassierern sowie im Verbandsbureau, Nikolaisstr. 7, Seitenhaus, Zimmer 40, zu haben. Der Vorstand der Zahlstelle Hannover.

Dem Vorsitzenden unserer Offenbacher Zahlstelle, dem Kollegen Wilhelm Betz und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Der Gauvorstand Gau 2.

Inserem lieben Kollegen Richard Sparrodt zu seinem 25-jährigen Geschäftsjubiläum bei der Firma W. Crimwell, Opz 29, die herzlichsten Glückwünsche!

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Dortmund.

Am 15. November verschied nach kurzer Krankheit unsere langjährige Kollegin

Frieda Römmler

(i. Pa. Bierdruckanstalt Lindenbrunn) im Alter von 81 J. Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen

Die Zahlstelle Hagen.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schütz, Charlottenburg Westendstraße 18. Fernruf: Amt Westend 1328. Verlag: S. Lohdahl, Charlottenburg. — Druck: Nordwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68.